

18. Oktober 1941 Verhaftung des Diplomaten Dr. Richard Sorge wegen Spionage für die UdSSR. Er meldete Angriffspläne Deutschlands und Japans. Wird zum Tode verurteilt und hingerichtet. Die Spionagegruppe „Rote Kapelle“ damit zerschlagen

31. Oktober 1971 Parlamentswahlen in der Schweiz. Erste Nationalratswahlen, bei denen Frauen teilnehmen dürfen.

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

17. Ausgabe / 21. Jahrgang

Für Halle

18. Oktober 2011

Neues aus dem Landtag

Eine Niederlage des Rechtsstaates oder : Brauchen wir eine „Insel“lösung?

Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat sich am 6. Oktober 2011 mit einer Erklärung ALLER Fraktionen in der Debatte um die Unterbringung der zwei Männer in der Gemeinde Insel zu Wort gemeldet. Bereits seit August ist die Gemeinde wegen der Proteste gegen den Zuzug der ehemaligen Sexualstraftäter im Fokus der Öffentlichkeit. Klare Forderung der demonstrierenden Menschen ist: der Wegzug der Männer aus Insel. Zuletzt nutzen rechtsextreme Strukturen die Plattform für ihre menschenverachtende Propaganda.

Angesichts dieser Geschehnisse stellt sich uns allen die Frage, wie viel des Grundgesetzes tatsächlich von den Menschen als gesellschaftlicher Konsens anerkannt ist. Steht das Schutzbedürfnis der Menschen vor Straftaten tatsächlich dem Grundrecht der ehemaligen Straftäter auf freie Wohnortwahl entgegen? Schließen sich das Schutzbedürfnis der Menschen vor Straftaten und das Grundrecht der ehemaligen Straftäter auf freie Wohnortwahl gar gegenseitig aus? Oder können wir ein gesellschaftliches Klima erreichen, das ein Miteinander ermöglicht; dass eine Rückkehr von straffällig gewordenen

Menschen ermöglicht; dass ihnen eine zweite Chance eingeräumt wird? Letzteres zu unterstützen ist nicht nur die Pflicht aller politisch Verantwortlichen, sondern aller Menschen in einer Gesellschaft, die sich auf humanitären Grundsätzen aufbaut. Tatsächliche Resozialisierung und Integration kann nur mit der Gesellschaft erfolgen. Dabei haben wir dringend Nachholbedarf. Wir brauchen Toleranz und eine mutige Zivilgesellschaft, die bereit ist, elementare Menschenrechte zu verteidigen. Doch so weit sind wir noch nicht. Momentan wird der Rechtsstaat erfolgreich erpresst. Allein die Tatsache, dass ein Mann der Kirche den geforderten Wegzug der Männer mit den Worten begleitet: „Es zieht wieder Frieden in Insel ein.“ zeigt, mit welchen Problemen wir es zu tun haben. Denn was ist das für ein „Frieden“ und wem wird in dieser Logik der „Frieden“ genommen, wenn die beiden Männer ihr Domizil anderswo aufschlagen? Aus Sicht der LINKE ist es ganz klar eine Niederlage für den Rechtsstaat, die uns noch lange begleiten wird. Wir müssen dringend verhindern, dass weitere Fälle wie Insel entstehen.

Die Vorgänge in Insel gleichen ei-

ner Hetzjagd im Mittelalter. Um die Menschen vor genau solchen Ungerechtigkeiten zu schützen, entstand jedoch unter anderem das Grundgesetz. Damals entwickelte sich Demokratie aus dem Samen Bildung und Aufklärung, aber auch Sanktionen, wenn Menschen gegen Regeln verstoßen.

Müssen die Menschen besser aufgeklärt werden? Müssen die Bürger auch heute noch „erzogen“ werden, Regeln einzuhalten? Wie gehen wir mit Straftätern während ihrer Haftzeit um? Was darf das kosten? Wie „begrüßen“ wir Menschen nach Verbüßung ihrer Strafe in Freiheit? Für all diese Fragen existieren Lösungsansätze, die jedoch allesamt zeigen: es gibt kein Gut und Böse, kein Schwarz und Weiß und schon gar keine einfachen Lösungen hierfür. Eines steht fest, in jeder Gesellschaft gab, gibt und wird es immer Menschen geben, die – teilweise in der schlimmsten Form – gegen Normen verstoßen. Es ist in unser aller Verantwortung, auch mit diesen Menschen menschlich umzugehen.

„Insel“lösungen helfen uns dabei nicht weiter.

Eva von Angern, Rechtspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion

Deutschland muss Frieden am Hindukusch schließen

Nach zehn Jahren deutscher Beteiligung am Krieg in Afghanistan erklären am 6. Oktober 2011 die Vorsitzenden der Partei DIE LINKE, Gesine Lötzsch und Klaus Ernst und der Vorsitzende der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Gregor Gysi:

Dieser Krieg muss sofort beendet werden! Das ist die einzig logische und humane Schlussfolgerung aus zehn Jahren Krieg in Afghanistan, der länger als der Vietnamkrieg dauert. Die Begründungen für den Einsatz der Bundeswehr haben regelmäßig gewechselt. Sie stimmten in keinem Fall. Die Zahl der Soldaten und der eingesetzten Militärtechnik wuchs von Monat zu Monat. Der unverzügliche Abzug der Bundeswehr, wie ihn die LINKE fordert, wäre auch ein Signal, dass der Krieg seinem Ende zusteuert.

Unter dem Eindruck der Bevölkerungsmehrheit, die den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan will, täuscht die Bundesregierung eine Bereitschaft dazu vor. Die Bundesregierung spricht nur davon, dass bis 2014 die Kampfverbände abgezogen werden sollen. Man darf jetzt schon gespannt sein, wie viele Soldaten dann zu solchen erklärt werden, die keinen Kampfverbänden angehörten. In Wirklichkeit ist im Krieg eine solche Unterscheidung gar nicht möglich.

Der Krieg als Mittel der Politik, wie er von Union, SPD, FDP und Grünen legitimiert wird, ist ein in jeder Hinsicht untaugliches und mörderisches Instrument. Das Sterben von afghanischen Zivilistinnen und Zivilisten, von deutschen und anderen Soldaten, muss endlich ein Ende finden.

Auch der Stadtverband Halle (Saale) beteiligte sich an den Protesten Anfang Oktober, um auf die Situation, dass sich Deutschland seit 10 Jahren im Krieg in Afghanistan beteiligt, aufmerksam zu machen. In diesem Zusammenhang sei nochmals an die wichtigen Termine erinnert:

3. Dezember, 11.30 Uhr

Kaiserplatz in Bonn: Bundesweite Demonstration gegen die Afghanistan-Konferenz

4. Dezember

Alternativ-Kongress zur Afghanistan-Konferenz in Bonn

5. Dezember

Internationale Afghanistan-Konferenz in Bonn



... ANALLE ... ANALLE ... ANALLE ...

Zu jeder Beratung des Stadtvorstandes liegt den Teilnehmern eine Sammlung interessanter Artikel vor, die sich vor allem mit dem Geschehen in unserer Stadt befassen. Diese Artikel sind zusammengestellt aus den Zeitungen „Neues Deutschland“, „Mitteldeutsche Zeitung“ und „Bild“.

Nach den Beratungen des Vorstandes liegt dieser Pressespiegel regelmäßig noch einige Zeit im Büro des Stadtvorstandes aus und kann dort von allen Interessenten eingesehen werden.

Also: vorbeikommen und informieren!

L. R.



Die Kontinuität meiner Arbeit hilft auch Zusammenhänge zu sehen...



Frigga Schlüter-Gerboth

Frigga, als sachkundige Einwohnerin bist Du für unsere Fraktion im Planungsausschuss tätig.

Wie kannst Du Deine Sachkunde in den Ausschuss einbringen?

Der Planungsausschuss war früher auch für die Umwelt zuständig, deshalb wurde von der Fraktion dorthin kooptiert. Nach fast zwanzig Jahren Mitarbeit in diesem Ausschuss habe ich natürlich auch eine Menge über Bauen und Planen gelernt. Die Kontinuität meiner Arbeit hilft auch Zusammenhänge zu sehen, die neue Ausschussmitglieder nicht haben können. Manche Projekte ziehen sich über einen langen Zeitraum und am Ende wissen viele Ratsmitglieder nicht genau, warum bestimmte Entscheidungen gefallen sind. Bei der „Spitze“ zum Beispiel weiß ich es nicht einmal, weil dort bis heute keine Satzung für den Bebauungsplan existiert. Damals hat man den Investoren blind vertraut. Dieses Beispiel ist mir eine Lehre und ich hinterfrage viel intensiver alle Bauvorhaben.

Du bist eine „echte Halle-Neustädterin“.

Welche Schwerpunkte der politischen Arbeit unserer Fraktion sind Dir mit diesem Hinter-

grund besonders wichtig?

1967 bin ich mit meinen Eltern aus einem Leipziger Villenviertel nach Neustadt gezogen. Es war ein Kulturschock, von gepflegten Parks und Einfamilienhäusern in die „Platte“ mit nichts als Schlamm. Aber ich habe die Stadt wachsen sehen. Sie wurde immer schöner und grüner. Die Vorteile einer auf dem Reißbrett geplanten Stadt waren offensichtlich, kurze Wege, alle Dienstleistungen in einer Hand und Kinderbetreuung nach den Bedürfnissen der Eltern. Diese Wohnungen waren gesucht und deshalb wohnten hier der Professor mit dem „Bunapelzer“ Tür an Tür. Durch diese Mischung herrschte ein relativ hoher sozialer Frieden und das diese Mischung annähernd bleibt, dafür setze ich mich unter anderem ein. Leider hat die Stadt auf die privaten Vermieter wenig Einfluss, um die Ghetto-Bildung zu verhindern. Aber mit den städtischen und genossenschaftlichen Wohnungsgesellschaften bin ich in diesem Sinne im Kontakt. Auch die Ordnung und Sauberkeit trägt zum Image des jetzigen Stadtteils bei, deshalb versuche ich in der Arbeitsgemeinschaft „Öffentliche Sicherheit“ des

Stadtvorstandes DER LINKEN darauf einzuwirken. Für die Stadtverwaltung ist Neustadt so langsam zum Stiefkind geworden, das muss sich ändern.

Vielen ist Dein Engagement beim Naturschutzbund Halle/Saalkreis e.V. (NABU) bekannt. Wie kannst Du Deine Erfahrungen aus diesem Ehrenamt in die Ratsarbeit einfließen lassen?

Das geschieht vor allem durch die Arbeit in der Fraktion. Da die Fraktion viele Experten auf den unterschiedlichsten Gebieten vereint, kann man immer voneinander lernen. Meine Genossen sind nicht immer dankbar, wenn ich sie auf naturschutzfachliche Dinge hinweise, aber sie akzeptieren die Argumente und lassen sie in ihre Überlegungen einfließen. Das heißt, ich arbeite dort, wie Naturschützer in der Gesellschaft allgemein, nach der Devise „steter Tropfen höhlt den Stein“. Außerdem kann ich von den Nöten kleiner Vereine in der Stadt berichten, deren Arbeit durch den Geldmangel der Stadt Halle sehr erschwert wird.

Das Interview führte Ute Haupt.

Haben Sie Fragen zur Stadtentwicklung?

Der Ortsverband „Clara Zetkin“ lädt Sie ein zum Gespräch mit:

Dr. Uwe Köck

Landtagsabgeordneter in der Fraktion DIE LINKE,
Sprecher für Landesentwicklung und Raumordnung,
Stadtrat in Halle (Saale)

Wann? **Donnerstag, 27. Oktober 2011, 17:00 - 19:00 Uhr**

Wo? **Volkssolidarität e. V. Halle (Saale)**

Begegnungsstätte „Zur Fähre“, Böllberger Weg 150
(Straßenbahnhaltestelle Diesterwegstraße)



BAGSO-Pressemitteilung 13/2011

BAGSO und KDA wenden sich gegen Kürzungen im Haushalt der Antidiskriminierungsstelle des Bundes

Ausgerechnet zu einer Zeit, da die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) unter neuer Leitung endlich sichtbar die Interessen der Betroffenen vertritt, soll ihr Budget um 13 % gekürzt werden. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) und das Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA) fordern die Verantwortlichen im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages auf, diese Entscheidung zu revidieren.

Vor dem Hintergrund, dass die Bundesregierung im Jahr 2009 von Seiten des Europarates sogar aufgefordert wurde, die ADS intensiver zu unterstützen, ist die Entscheidung politisch kaum nachvollziehbar. Zudem würde sie das wichtige Vorhaben eines Aufbaus einer möglichst flächendeckenden Beratungslandschaft weiter verzögern.

Gerade im Bereich der Altersdiskriminierung gibt es bislang in Deutschland kaum Beratungsangebote. Das Europäische Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen 2012 muss genutzt werden, um entsprechende Strukturen für eine qualifizierte und kontinuierliche Unterstützung von Betroffenen zu schaffen. Dies unabhängig davon, ob es um Ungleichbehandlungen im Berufsleben geht – so werden Ältere häufig von betrieblichen und außerbetrieblichen Fortbildungs-

maßnahmen ausgeschlossen – oder um die Verweigerung des Abschlusses von Versicherungs- oder Kreditverträgen lediglich aufgrund des Lebensalters.

Ebenso wichtig ist es, eine breite Öffentlichkeitswirkung der Maßnahmen sicherzustellen. So haben wir gerade erst damit begonnen, diskriminierende und zumeist auch unsinnige Altersgrenzen aufzuspüren und anzuprangern. Solche Altersgrenzen gibt es in Gesetzen, Satzungen und sogar in bilateralen Abkommen, etwa wenn es um die Ausstellung von Visa für Aupairs geht. Die Hamburger Organisation Granny-Aupair beklagt zu Recht, dass damit unnötige Hürden für das Engagement Älterer aufgebaut werden. Wir müssen endlich deutlich machen: Die Älteren werden gebraucht, und zwar überall.

Deshalb: Wir brauchen eine arbeitsfähige Antidiskriminierungsstelle, die die Betroffenen und ihre Interessenvertretungen bei ihrer Arbeit unterstützt!

Die BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e. V. – ist die Lobby der älteren Menschen in Deutschland. Unter ihrem Dach haben sich über 100 Verbände mit etwa 13 Millionen älteren Menschen zusammengeschlossen. Sie vertritt deren Interessen gegenüber Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, wobei sie die nachfolgenden Generationen immer im Blick hat.

Darüber hinaus zeigt sie durch ihre Publikationen und Veranstaltungen Wege für ein möglichst gesundes und kompetentes Altern auf.

Das KDA setzt sich seit 1962 für die Lebensqualität und Selbstbestimmung älterer Menschen ein. Unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten führen Experten Projekte und Studien durch. Das KDA berät Ministerien, Kommunen, Unternehmen, Sozialverbände, Leistungserbringer wie Heimträger und ambulante Dienste, bietet Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Führungs- und Fachkräfte an und informiert die Öffentlichkeit durch Tagungen und Publikationen.

Weitere Informationen:

Bundesarbeitsgemeinschaft der
Senioren-Organisationen e. V.
(BAGSO)

Pressereferat

Ursula Lenz

Bonnstraße 10, 53111 Bonn

Tel.: 02 28 / 24 99 93 18,

Fax: 02 28 / 24 99 93 20

E-Mail: lenz@bagso.de

Kuratorium Deutsche Alters-
hilfe e. V. (KDA)

Simone Helck

An der Pauluskirche 3,
50677 Köln

Tel.: 02 21 / 93 18 47 10,

Fax: 02 21 / 93 18 47 6

E-Mail: presse@kda.de

Web: www.kda.de

Nachlese vom Landesparteitag

„Wenn er dich anpflaumt, dann pflaum doch zurück!“.

Im Folgenden drucken wir den Redebeitrag der Genossin Eva Tichatschke, gehalten auf der 2. Tagung des 3. Landesparteitages, ab.

Liebe Genossinnen und liebe Genossen,

meine Name ist Eva, ich bin heute hier als Delegierte für die Linksjugend [‘solid] Sachsen-Anhalt und möchte über ein Thema sprechen, das mir persönlich sehr am Herzen liegt: Die Debattenkultur in Partei und Jugendverband. Ganz konkret soll es mir um dominantes Redeverhalten im Zusammenhang mit Erhaltung und Gewinnung von Mitgliedern gehen.

Häufig wird gefragt, warum denn immer dieselben Leute das Wort ergreifen und bereit sind, in Arbeitsgremien, SprecherInnenräte und Vorstände zu gehen und warum sich denn dafür so wenig Frauen, vor allem so wenig junge Frauen, melden. Nun, ich erhebe keinen Allgemeingültigkeitsanspruch, aber ich habe eine Vermutung, woran es unter anderem liegen kann, nämlich daran, dass vornehmlich Frauen, aber auch zurückhaltendere (sensiblere) Männer, durch einen dominanten Umgangston und eine autoritäre Arbeitsweise abgeschreckt werden.

Damit dieser Zusammenhang vielleicht etwas einleuchtender wird, möchte ich genauer beleuchten, was dieses „dominante“ bzw. „einschränkende“ Verhalten eigentlich ausmacht:

Dazu gehören massive Überschreitungen der Redezeit und auch in Diskussionen sehr lange Wortmeldungen. Das ist anderen gegenüber nicht nur unhöflich und unfair, sondern schränkt sie auch letztlich in ihrer potentiellen Redezeit ein.

Obwohl selbst sehr lange geredet wird, werden andere unterbrochen oder ihre Wortmeldungen, während

sie sprechen, kommentiert, was von Bejahung über lautstark geäußertes Unverständnis oder Ablehnen bis zum sarkastischen „ins-Lächerliche-Ziehen“ reicht; teilweise werden Personen eher direkt angegangen und beleidigt, anstatt inhaltlich auf deren vorangegangene Kritik einzugehen, die gern heruntergespielt und belächelt wird.

Ein weiteres Merkmal ist die Lautstärke: Trotz kleiner Runde oder Verstärkung durch ein Mikrofon wird (teilweise anhaltend!) in Ruf lautstärke gesprochen, um anderen einschneidend ins Wort zu fallen, oder die Bedeutung nicht einzelner Begriffe, sondern ganzer Absätze zu betonen.

Einige Reden sind in Bezug auf Charakter, Wortwahl, Artikulation und Gestik agitatorisch bis geradezu militärisch, was sich konkret zeigt in: vielen Imperativsätzen, nachdrücklichen Wiederholungen, Allgemeingültigkeitsanspruch der Argumentation und einer Betonung von Zusammenhalt, Einigkeit und Identität im Stile einer Einschwörungsrede vor Soldaten (durch Formulierungen wie „wir“, „man“, „uns“, „zusammen“, „Stärke“, „Wille“, „Vorankommen“ etc.).

Auf der nonverbalen Ebene wird diese Dominanz vor allem durch räumlich-körperliche Präsenz erreicht: Breitbeiniges Sitzen oder Stehen, ausladende Gesten, Lachen/verächtlich Schnauben, Augenrollen, demonstrativ aus dem Fenster schauen, sich mit etwas anderem, z.B. dem Handy, zu beschäftigen oder gar (wenn etwas Gesagtes nicht passt) wutentbrannt den Raum zu verlassen und die Tür zu knallen.

Mit einem solchen Verhalten konfrontiert, fühlen sich weniger dominant auftretende Personen oft eingeschüchtert, ausgegrenzt und gering geschätzt, ungehört und übergangen. Im „besten“ Falle werden betreffende Mitglieder „einfach nur“ still und passiv und werden sich auch nach mehrmaligem Nachfragen und Bitten die Arbeit in einem SprecherInnenrat oder Vorstand nicht zutrauen - erst recht nicht, wenn es in erster Linie um die Erfüllung der Quote geht. Im schlimmsten Falle ziehen sie sich aus der politischen Arbeit komplett zurück und treten aus, weil sie sich dem emotionalen Druck nicht mehr gewachsen fühlen.

Versteht mich nicht falsch, ich möchte niemandem einen Maulkorb anlegen, ihn in seiner persönlichen Ausdruckweise einschränken oder zu ständigem Zurückhalten zwingen. An der politischen Arbeit hängt unser aller Herz und in diesem Zusammenhang sind Überreaktionen sicherlich menschlich.

Worum es mir geht ist, dass diejenigen, die ein solches Verhalten nicht an den Tag legen, trotzdem gleichberechtigt an Diskussions- und Entscheidungsprozessen beteiligt werden - ein solidarischer und emanzipatorischer Anspruch verlangt das so! Ich wünsche mir, dass alle gehört werden und nicht nur die, die ihre Überzeugungen am lautesten kundtun. Und wenn sich dann schon getraut wird, ein solches Redeverhalten zu kritisieren, dann sollte dies ernst genommen werden und nicht heißen „Wenn er dich anpflaumt, dann pflaum doch zurück!“.

Ich möchte nämlich vielleicht gar nicht pflaumen...

Eröffnung

(mb) Zur Wahlkreisbüroeröffnung, welches übrigens schon seit Mai arbeitet, kamen ca. 70 Menschen aus Vereinen, Verbänden und Parteien. Eine gutgelaunte Gästeschar und zwei gutgelaunte „Jung“-Abgeordnete führten angeregte Gespräche und erfüllten sich damit schon einmal ihren Wunsch, dass ihr Büro ein Diskussions-Beratungs- und Kommunikationsort sein soll. Wulf Gallert begrüßte diese Variante der Bürogemeinschaft, welche beide auch in Köthen führen. Eine weitere Bürogemeinschaft besteht ja zwischen den beiden „Alt“-Abgeordneten Dr. Uwe-Volkmar Köck und Hendrik Lan-



Foto: Katja Müller

ge. Ich denke, der Stadtverband Halle wird seine Vorteile in inhaltlicher und konzeptioneller Form haben und darüber bin ich sehr froh. Nun möchte ich noch, dass wir in vier Jahren so viel Mandate erringen, dass auch im Süden/Silberhöhe wenn schon nicht eine Bürogemeinschaft, so doch wenigstens ein Büro installiert werden kann. Arbeiten wir gemeinsam dafür.

Ganzalltäglicher Wahnsinn

Wer kennt das nicht: überquellende Briefkästen, Telefonwerbung oder persönlich adressierte Gewinnspielmitteilungen.

Mit diesem Thema hat sich der Seniorenrat Halle letzten Donnerstag auseinandergesetzt und zur besseren Aufklärung die Verbraucherzentrale eingeladen.

„Wie kommen die bloß immer an meine Adresse?“, diese Frage ist wohl jedem von uns schon durch den Kopf gegangen. Es fängt an mit dem Eintrag ins Telefonbuch, es gibt sogenannte Wohngebietsbegehungen, Haushaltsumfragen und nicht zu vergessen Kunden- und Rabattkarten. Mit letzteren wird ihr ganz persönliches Konsumverhalten ausgewertet. Also unsere Daten sind überall präsent und werden dann auch ausgiebig genutzt - aber wie kann ich mich davor schützen?

Überlegenswert wäre der Eintrag ins Telefonbuch, denn ihre Familie, Freunde und Bekannte kennen ihre Nummer und suchen diese wohl kaum im Telefonbuch. Eine weitere Möglichkeit ist ein Formular beim Einwohnermeldeamt mit einem Widerspruch zur Datenweitergabe auszufüllen. Ansonsten sollten wir uns in Datensparsamkeit üben: So wenig Daten wie möglich, so viel wie nötig.

Ein nächster Punkt: die Telefonwerbung. Bei Manchem kann so etwas ganz schnell zum Telefonterror umschlagen. Grundsätzlich gilt, unerbetene Telefonwerbung ist unzulässig und wettbewerbswidrig. Es muss im Vorfeld immer eine Einwilligung des Angerufenen geben, bevor das Telefonat stattfindet. Im Bundesdatenschutzgesetz gibt es ein Widerspruchsrecht zu diesem Inhalt. Der beste Schutz vor ungebeter Telefonwerbung ist Auflegen.

Das letzte große Thema waren sogenannte „Kaffeefahrten“. Die Prospekte sind schön bunt und einladend gestaltet, das Angebot ist wirklich günstig und in dieser Ecke von Deutschland war ich auch noch nicht - ich fahre einfach mal mit. Auch diese Gedanken werden schon etliche von uns gehabt haben. Aber hier haben wir es mit „professioneller Gaunerei“ zu tun. Denn meistens wird schon gar nicht erst das versprochene Ziel angesteuert. Das Mittagessen für zwei entpuppt sich als Tütensuppe und hinter dem gewonnenen Wäschetrockner verbirgt sich lediglich eine Wäscheleine....

AKS

**"Die Todesmärsche
1944/45"**

**Donnerstag, 20. Oktober
2011, 18:00 Uhr**
**Lesung im Café nt, Große
Ulrichstraße 51
in Halle (Saale)**

Lesereise mit Daniel Blatman
zum Buch
Veranstaltung der Rosa-
Luxemburg-Stiftung
und des Rowohlt Verlags

„Aktuelles zur Delegitimierung
der DDR und der Aufarbei-
tung der braunen Last der
ehemaligen BRD“

**Kulturtreff in Halle-Neu-
stadt, Am Stadion 6,
25. Oktober, 17:30 Uhr,**
Diskussionsforum mit Autoren
des Berliner Verlages
edition ost,

**Öffentlich!
Weil's wichtig
für alle ist.**

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - tägig
Auflage: 650 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
13.10.2011
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 03.11.2011

Der Basisverband Halle-Nord der Partei DIE LINKE lädt ein:

Öffentliches Forum

**ENERGIEPLAN FÜR SACHSEN-ANHALT –
VORFAHRT FÜR ERNEUERBARE ENERGIEN**

Donnerstag, 17. November 2011, 17 Uhr

**Ort: Sekundarschule „Johann Christian Reil“
Ernst-Schneller-Straße 1
in Halle (Nähe Reileck)**

Referentin: Angelika Hunger

(Mitglied des Landtages Sachsen-Anhalt)

Die Umstellung der Energieversorgung auf Basis fossiler Rohstoffe hin zum breiten Einsatz erneuerbarer Energien zählt zu den großen Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte. Es geht um weit mehr als die verlässliche Bereitstellung von Strom, Wärme und Kraftstoffen. In den Mittelpunkt rückt zunehmend, wie sich das jeweilige Energiesystem auf das Klima und die Umwelt auswirkt, welche Auswirkungen die Verknappung der Energieressourcen auf die Friedenspolitik und eine gerechte Weltordnung haben, wie verhindert werden kann, dass steigende Energiepreise Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Einkommen zusätzlich belasten und wer auf der anderen Seite an monopolistischen Strukturen verdient.

In den Plänen der Landesregierung werden dazu noch zu halberherzige Vorschläge und Ansätze entwickelt. Angesichts der Schlüsselrolle der erneuerbaren Energien bedarf die Energiepolitik energischerer Impulse.

DIE LINKE. Landtagsfraktion hat einen Energieplan für Sachsen-Anhalt vorgelegt, der Vorschläge und Handlungsalternativen auf Grundlage der gegenwärtigen Energieversorgungsstruktur und Potentialen einzelner Träger für eine nachhaltige Gestaltung der Energieversorgung beinhaltet.

Angelika Hunger, Sprecherin für Energiepolitik der Landtagsfraktion DIE LINKE, wird diesen Energieplan vorstellen und auch auf Aspekte der Energiepreisgestaltung eingehen.

DIE LINKE. Basisverband Halle-Nord
c/o DIE LINKE. Stadtverband Halle (Saale)
Blumenstraße 16, 06108 Halle